

Jobcenter und Kommunen gestärkt

Eine von der christlich-liberalen Regierungskoalition vorangetriebene Grundgesetzänderung verbessert die Grundlage der Betreuung von Langzeitarbeitslosen. Dadurch können sich die Arbeitsagenturen und die Kommunen weiterhin gemeinsam Arbeitssuchender annehmen. Neben den Jobcentern stärkt das Parlament auch die Kommunen: Künftig werden mehr Städte und Landkreise ihre Langzeitarbeitslosen alleinverantwortlich betreuen können.

Verfassungsrechtliche Basis für optimale Betreuung

Die Führung der christlich-liberalen Regierungskoalition einigte sich am Mittwoch mit der Spitze der SPD auf eine Reform der Jobcenter. Teil der Übereinkunft ist eine Ausweitung des Modells der ‚Optionskommune‘: Hierbei handeln die Städte und Landkreise in Eigenregie, wodurch bei der Arbeitsvermittlung besser auf regionale Begebenheiten eingegangen werden kann. Die SPD, deren Zustimmung zur Grundgesetzänderung notwendig ist, spricht sich gegen das Modell der ‚Optionskommune‘ aus. Dennoch konnte die christlich-liberale Bundesregierung durchsetzen, dass die Zahl der Kommunen, die ihre Langzeitarbeitslosen alleinverantwortlich betreuen, von 69 auf 110 steigt.

Klarheit und Sicherheit für alle Beteiligten

Eine Reform der Jobcenter war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht geurteilt hatte, dass die unter Rot-Grün getroffene Regelung zur Zusammenarbeit von Bund und Kommunen bei der Unterstützung von Langzeitarbeitslosen gegen das Grundgesetz verstößt. Der von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen erarbeitete Entwurf einer Grundgesetzänderung ermöglicht auch künftig die Vermittlung und Betreuung von Arbeitssuchenden aus einer Hand. Damit herrscht Klarheit und Sicherheit für die Langzeitarbeitslosen und ihre Familien sowie für die Mitarbeiter in den Jobcentern.

CSU setzt sich erfolgreich für Kommunen ein

In den Verhandlungen legte die CSU-Landesgruppe hohen Wert auf eine Ausweitung der Spielräume für alle Kommunen. Das bisher auf sechs Jahre begrenzte Modell der ‚Optionskommune‘ wird künftig unbefristet wählbar sein; insgesamt wird künftig jede vierte Kommune diesen Weg einschlagen können. In diesen Fällen können die Kommunen auf örtliche Bedingungen abgestimmte Hilfe leisten, während die Kosten für das Arbeitslosengeld und die notwendige Verwaltung vom Bund übernommen werden. Die CSU wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass alle Kommunen – sei es im Regelmodell der Zusammenarbeit, sei es als Optionskommune – ihre Kompetenz vor Ort einbringen können und ausreichend Gestaltungsspielräume haben, um Arbeitssuchende optimal zu betreuen.

Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit

Anlässlich des Gipfels der europäischen Staats- und Regierungschefs debattierte der Deutsche Bundestag über die Zukunft der Europäischen Union. In der Aussprache wurde deutlich, wie erfolgreich Dr. Angela Merkel Deutschland und Europa durch die Krise führt. Die christlich-liberale Regierungskoalition unterstützt den Kurs der Bundeskanzlerin, das Defizit Griechenlands nicht mit Steuermitteln aus anderen Mitgliedstaaten auszugleichen. Gleichzeitig plant die EU eine neue Strategie zur Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Strategie für gemeinsames Wachstum

Mit der Strategie ‚Europa 2020‘ will die EU für Wachstum und Beschäftigung sorgen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel setzt hierbei auf einen gesunden Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten der Union. Gelungene Strukturreformen in einzelnen Ländern könnten Ansporn und Bereicherung für die ganze EU werden. Dies unterstrich der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Dr. Hans-Peter Friedrich: „Wenn wir uns nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen, wäre das zu wenig für Europa. Wenn wir aber alle 27 Länder zu einem gemeinsamen Kurs zwingen, geht Kreativität verloren. Daher ist der Weg der Vielfalt der Systeme, der Gestaltungsfreiheit und des Gestaltungswettbewerbs für uns alternativlos.“

Deutschland auf dem richtigen Weg

Die Versuche anderer europäischer Staaten, Deutschland wegen seiner besonders hohen Wettbewerbsfähigkeit anzugreifen, wies Dr. Hans-Peter Friedrich zurück. Noch vor Jahren habe die EU gefordert, Europa müsse zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt werden. Deutschland dürfe nicht dafür an den Pranger gestellt werden, dass es diese Ziele erreicht habe. Vielmehr sei es an der Zeit, europaweit auf Konsolidierungskurs zu gehen und auf eine baldige Wiedererfüllung der Stabilitätskriterien hinzuarbeiten.

Verantwortungsvoller Umgang mit Griechenland

Hinsichtlich der schweren Haushaltskrise Griechenlands dankte Dr. Hans-Peter Friedrich der Bundeskanzlerin für ihren klaren Kurs: „Griechenland hat über seine Verhältnisse gelebt. Alles, was wir uns an Hilfen überlegen, muss daher Ultima Ratio, das allerletzte Mittel, sein.“ Deutliche Kritik übte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe an den unverantwortlichen Aussagen des PDS-Politikers Gysi, der Sympathie für die Generalstreiks in Griechenland gezeigt hatte. Damit falle Gysi der griechischen Regierung, die den Menschen den Ernst der Lage nahe bringen müsse, in den Rücken. Alle anderen Parteien rief Dr. Hans-Peter Friedrich dazu auf, die vorausschauende Politik der Bundesregierung zu unterstützen.